

# Inhalt

<b>I</b>	<b>Einleitung</b>	9
1	Zur Relevanz des Themas: Die Mitbestimmung in Deutschland und Europa	9
2	Grundannahmen und Fragestellung der Arbeit	14
2.1	Korporatismus und Mitbestimmung	14
2.2	Varianten des Kapitalismus und das deutsche Modell	19
2.3	Die Mitbestimmung als Institution	23
2.4	Ansatz und Fragestellung der Arbeit	28
3	Forschungsüberblick zur Mitbestimmung und zum Mitbestimmungsgesetz 1976	35
3.1	Die Effizienz der Mitbestimmung	35
3.2	Die Mitbestimmung in den Sozial- und Politikwissenschaften	38
3.3	Die historische Verortung der Mitbestimmung	42
4	Quellen	49
5	Aufbau der Arbeit	51
<b>II</b>	<b>Historischer Abriss der Mitbestimmungsgeschichte in Deutschland</b>	53
1	Von den ersten Ideen des Vormärz zum Ersten Weltkrieg	53
1.1	Vor- und Frühkapitalismus und die soziale Lage der Bevölkerung	53
1.2	Impulse aus der kirchlichen Diskussion	60
1.3	Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst	66
2	Die Mitbestimmung in der Weimarer Republik	68
2.1	Von den Arbeiter- und Soldatenräten zum Betriebsrätegesetz	68
2.2	Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie	73
2.3	Die päpstliche Sozialenzyklika »Quadragesimo anno«	78
3	Industrielle Beziehungen im »Dritten Reich«	79
4	Die Entwicklung der Mitbestimmung in der Nachkriegszeit	82
4.1	Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Programmatik zum DGB-Grundsatzprogramm	82
4.2	Die Position der christlichen Kirchen zur Mitbestimmung	86
4.3	Der Aufbau der Mitbestimmung	89
4.4	Auf dem Weg zur Montanmitbestimmung	93
4.5	Das Betriebsverfassungsgesetz von 1952	102
4.6	Gesetze und Abkommen zur Sicherung der Mitbestimmung	104
5	Die Mitbestimmung in den 1950er-Jahren: Zwischenfazit	107

<b>III »Mitbestimmung – eine Forderung unserer Zeit«:</b>	
<b>Die Positionen zur Mitte der 1960er-Jahre</b>	113
1 Am Beginn der Auseinandersetzungen	113
1.1 Aufschlag durch die Aktienrechtsreform: Der DGB findet sein Konzept	113
1.2 Die Rolle der IG Chemie in der Konzeptionsphase	131
1.3 Der Arbeitskreis Mitbestimmung der BDA	136
2 Agieren im parlamentarischen und »vorparlamentarischen« Raum	142
2.1 Die Positionen der Parteien und deren Kontakt zu den Akteuren	142
2.1.1 Liberales Credo: Die klassische FDP und der DGB	142
2.1.2 1965: Grundsätzliche Übereinstimmung und erste Differenzen zwischen SPD und DGB	143
2.1.3 Die CDU/CSU zwischen ordoliberal und christlich-sozial	146
2.2 Von der gescheiterten Aktienrechtsreform zu ersten Kampagnen 1965	147
2.3 Einflussnahme auf Kirchen und deren Positionen zur Mitbestimmung	155
2.3.1 Die katholische Kirche	155
2.3.2 Die evangelische Kirche	159
<b>IV Erste Anläufe: Die Große Koalition 1966–1969 und die Mitbestimmung</b>	167
1 Kampf um die Öffentlichkeit, Kampf um die Politik	167
1.1 Die Masse der Arbeitnehmerschaft? Die Werbemaßnahmen des DGB	167
1.2 Die BDA steuert entgegen	185
2 Mitbestimmungssicherung und Mitbestimmungskommission:	
Die neue Koalition in Bonn	188
2.1 Von der Gründung der Koalition zum ersten Mitbestimmungssicherungsgesetz	188
2.2 Die Einsetzung der Regierungskommission zur Auswertung der Mitbestimmung	194
2.3 Die Diskussion um die Mitbestimmung in der CDU	201
2.3.1 Das soziale Feigenblatt? Die CDA gegen den Wirtschaftsrat	201
2.3.2 Der CDU-Parteitag 1968: Interner Schlagabtausch	205
2.4 Zwischen Sympathie und Realitäten: Die Rolle der SPD	209
2.4.1 Die Debatte auf dem Parteitag 1968	209
2.4.2 Atmosphärische Störungen im Verhältnis zum DGB	212
2.4.3 Im Unterausschuss Mitbestimmung: Das Konzept der Fraktion	215
2.4.4 Die Mitbestimmungsinitiative der SPD-Bundestagsfraktion	225
2.5 Die FDP im Wandel: Der Aufstieg des sozialliberalen Gedankens	231
3 Das Verhältnis der Akteure zueinander und zur Politik	235
3.1 Europa als Bedrohung: Die europäische Dimension der Mitbestimmung	235
3.2 Der Gesetzentwurf des DGB und die politischen Realitäten	245
3.3 Konflikte mit den Arbeitgebern, Konflikte im DGB	253
3.4 Eine neue Arena: Die Gewerkschaften in der Konzentrierten Aktion	257

<b>V</b>	<b>Neue Konstellationen: Die Ausgangslage der sozialliberalen Koalition 1969–1971</b>	263
1	Die FDP, die SPD und die Mitbestimmung	263
1.1	Die Mitbestimmung als Teil eines gesellschaftlichen Demokratisierungsprozesses?	263
1.2	Die Bildung der sozialliberalen Regierung und die Mitbestimmung	267
1.3	Die Freiburger Thesen der FDP von 1971	271
1.4	Die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und erneute Mitbestimmungssicherungsgesetze	275
2	Der Bericht der Biedenkopf-Kommission	279
2.1	Das Modell der Sachverständigen: Keine Parität im Aufsichtsrat	279
2.2	Reaktionen auf das Gutachten	284
2.2.1	Der DGB	284
2.2.2	Die BDA und die Chemieverbände	287
2.2.3	Die Bundesregierung und die Parteien	289
<b>VI</b>	<b>Die Mitbestimmung wird auf den Weg gebracht – Erstes Ringen der Koalition bis 1974</b>	293
1	Vor Beginn der Koalitionsverhandlungen – Die Konfliktherde	293
1.1	»Todesstoß«? Die Fortführung der Diskussion auf europäischer Ebene	293
1.2	Die Debatte um die Mitbestimmung in der CDU	308
1.3	Neue Öffentlichkeitskampagnen und Konflikte	311
1.3.1	Kampagnen und Streitigkeiten mit der ÖTV	311
1.3.2	Vertiefte Differenzen zum Unternehmerlager	316
1.4	Die Frage der leitenden Angestellten	318
2	Die Verhandlungen der sozialliberalen Koalition ab 1972	321
2.1	Die Mitbestimmung in den Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl 1972	321
2.2	Gespräche und Einflussnahme der Akteure	324
2.2.1	»Nähe und wachsende Distanz« zur SPD	324
2.2.2	Neupositionierung zur FDP trotz Differenzen	330
2.2.3	Die politische Einflussnahme der Arbeitgeber und der ULA	333
2.3	Beginn der Koalitionsverhandlungen im September 1973	335
2.4	Die erste Grundlage vom 19. Januar 1974 und die Reaktionen	339
<b>VII</b>	<b>Hinter verschlossenen Türen: Die Verabschiedung der Mitbestimmung 1974–1976</b>	349
1	Der Regierungsentwurf vom 20. Februar 1974	349
1.1	Die Inhalte des ersten Entwurfs	349
1.2	Die Reaktionen auf den Gesetzentwurf	351
1.2.1	Differenzen zwischen DGB und SPD	351
1.2.2	Scharfe Ablehnung der Arbeitgeber	356

1.3	Einflussnahme auf die Politik	357
1.3.1	Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts zu den leitenden Angestellten	357
1.3.2	Getrübbtes Verhältnis von Gewerkschaften und Sozialdemokratie	360
1.3.3	Die Arbeitgeber bleiben auf Konfrontationskurs	362
<b>2</b>	<b>Der Gesetzentwurf im Parlament</b>	<b>364</b>
2.1	Die Plenardebatte vom 20. Juni 1974	364
2.2	Im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung	367
2.2.1	Vorbereitungen in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften	367
2.2.2	Koordinierung der Position der Arbeitgeber	372
2.2.3	Die öffentlichen Beratungen des Ausschusses	376
2.3	Die Verfassungsrechtliche Bewertungen des Regierungsentwurfs	380
<b>3</b>	<b>Der zweite Koalitionskompromiss</b>	<b>388</b>
3.1	Wissenschaftliche Tagung und eine letzte Öffentlichkeitskampagne	388
3.2	Die Koalitionsverhandlungen	390
3.2.1	Die Zeit drängt: Die Situation zu Beginn des Jahres 1975	390
3.2.2	Die Verhandlungsführer zwischen Politik und Verbänden	393
3.2.3	Spannungen in der Koalition	398
3.2.4	Im Herbst 1975: Die Mitbestimmung wird beschlossen	402
3.2.5	Der Kompromiss zwischen SPD, DGB und den Gewerkschaften	405
<b>4</b>	<b>Das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer</b>	<b>414</b>
4.1	Die Bundestagsdebatte am 18. März 1976 und die Gesetzesregelungen	414
4.2	Reaktionen auf das Gesetz	418
4.3	Vertagte Probleme: Die Wahlordnungen zum Mitbestimmungsgesetz	420
<b>VIII</b>	<b>Schlussbetrachtung</b>	<b>425</b>
<b>Anhang</b>		
	Abkürzungsverzeichnis	445
	Verzeichnis der ungedruckten Quellen und Archive	447
	Verzeichnis der gedruckten Quellen und Literatur	448
	Danksagung	462
	Über den Autor	463